



Niederschrift Nr. 7

über die öffentliche Sitzung des Gemeinderates am 20. Januar 2015 von 18:30 Uhr bis 21:35 Uhr
im Bürgersaal des Rathauses Furtwangen

Vorsitzender: Bürgermeister Josef Herdner

Zahl der anwesenden Mitglieder: 15 + BM = 16 (Normalzahl: 19)

Namen der nicht anwesenden Mitglieder: Stadtrat Prof. Manfred Kühne (v)
Stadtrat Prof. Dr. Ulrich Mescheder (v)
Stadtrat Axel Weber (v)

beratend anwesend: Ortsvorsteher Hall, Ortsvorsteher Ruf, Ortsvorsteher Wehrle

Schriftführer: Dr. Ludger Beckmann

Stadtverwaltung: Frau Grieshaber, Herr Kleiser, Herr Dold

Sonstige: ./.

Besucher: 21

Presse: 2

Nach Eröffnung der Verhandlung stellt der Vorsitzende fest, dass

1. zu der Verhandlung durch Ladung vom **13.01.2015** ordnungsgemäß eingeladen worden ist;
2. die Tagesordnung für den öffentlichen Teil der Sitzung am **14.01.2015** ortsüblich bekannt gemacht worden ist;
3. der Gemeinderat beschlussfähig ist, weil mindestens 10 Mitglieder anwesend sind;
4. zur Unterzeichnung der Niederschrift **Stadtrat Ulrich Hättich** und **Stadtrat Andreas Braun** bestimmt werden.

Tagesordnung öffentlich

1. Aktuelle Stunde
 - 1.1. Anfrage von Einwohnern (Bürgerfragestunde)
 - 1.2. Bericht über die Erledigung von Gemeinderatsangelegenheiten
 - 1.3. Bericht der Verwaltung zu geplanten Projekten
2. Feststellung des Wirtschaftsplanes 2015
 - 2.1. Eigenbetrieb Wasserwerk
 - 2.2. Eigenbetrieb Technische Dienste
 - 2.3. Eigenbetrieb Abwasserentsorgung
3. Beratung des Haushaltsplans 2015; Beschlussfassung über die Haushaltssatzung
4. Bauvorhaben: Erweiterung des Produktionsgebäudes der Fa. B. Ketterer Söhne GmbH & Co.KG, Bahnhofstraße 28
5. Auftragsvergaben
6. Bekanntgaben, Anträge und Anfragen

TOP 1 Aktuelle Stunde

Bürgermeister Herdner ruft die erste öffentliche Gemeinderatsitzung im neuen Jahr auf. Er wünscht allen Teilnehmern alles Gute und Gesundheit für das Jahr 2015. Er wünscht sich eine gute Zusammenarbeit im Gemeinderat auch in diesem Jahr. Die Presse und die Zuhörer werden begrüßt. Bürgermeister Herdner erinnert an die Geburtstage von den Stadträten Riesle, Weber und Sauter.

TOP 1.1 Anfrage von Einwohnern (Bürgerfragestunde)

Es meldet sich Frau Brigitte Riesle aus Gütenbach. Sie stellt Fragen zur Windkraft. In ihrer ersten Frage möchte sie wissen, ob es neben der Messung in Linach auch noch andere Messungen zur Windstärke gibt. Ihre zweite Frage betrifft die Höhe der Windräder. Sie möchte wissen, ob beliebige Veränderungen möglich seien oder ob dies rechtlich festgelegt werde. In ihrer dritten Frage bezieht sie sich auf den Staatsberg. Sie möchte wissen, warum dort Windräder nicht möglich seien, obwohl im benachbarten Fallengrund dies schon vorhanden sei. Sie möchte hierzu eine Begründung hören.

Zu ihrer ersten Frage bezüglich der Windmessung erklärt Bürgermeister Herdner, dass dies bisher privates Interesse sei. Bei einem Antrag sei die Windmessung nachzuweisen. Bei einer Ausweitung konkreter Gebiete seien Windmessungen durchzuführen. Es gehe hier um den wirtschaftlichen Betrieb. Die zweite Frage von Frau Riesle beantwortet Bürgermeister Herdner dahingehend, dass die Planung bisher eine Nabenhöhe von 149 Metern vorsehe. Die Festlegung einer konkreten Höhe sei in der Planung möglich. Zu ihrer dritten Frage zu den Ausschlussgebieten weist Bürgermeister Herdner auf die Vereinbarte Verwaltungsgemeinschaft Furtwangen-Gütenbach hin. Es sei den Kommunen belassen, mit welchen Standorten sie ins Verfahren gingen. Auf eine erste Anhörung sei eine Abwägung mit dem Beschluss, welche Standorte man ins Verfahren nehmen wolle, gefolgt. Ob dies so bleibe, werde man nach der Anhörung der Träger öffentlicher Belange sehen. Es gebe dann eine erneute Abwägung mit der Entscheidung.

Pfarrer Bauer bittet darum, dass man mit Hilfe der Presse das Verfahren erläutern solle. Man müsse immer wieder Informationen weiter geben.

Bürgermeister Herdner antwortet ihm, dass die Untersuchungen bis Februar laufen würden, dann gebe es weitere Diskussionen.

TOP 1.2 Bericht über die Erledigung von Gemeinderatsangelegenheiten

Der Bericht wird von Bürgermeister Herdner abgegeben:

Erlass der Geschäftsordnung des Gemeinderats

Die Geschäftsordnung wurde entsprechend ergänzt.

Weiterführung der Naturparkschule an der Anne-Frank-Schule, der Friedrichschule sowie der Grundschule Neukirch

Der formlose Folgeantrag wurde mit Schreiben vom 01.12.2014 gestellt, der fehlende Gemeinderatsbeschluss am 12.12.2014 nachgereicht.

Ergänzendes außerschulisches Betreuungsangebot in der Grundschule Neukirch; Einrichtung einer Hortgruppe

Die Schulleiterin, der Kindergartenträger und die Verrechnungsstelle wurden per Email am 10.12.2014 über die Fortführung von verlässlicher Grundschule und flexibler Nachmittagsbetreuung an der Grundschule Neukirch informiert. Eine Betreuungskraft wurde eingestellt.

Überprüfung der Gebühren, Steuern und Abgaben: Kurtaxe und Fremdenverkehrsbeitrag

Die Satzung zur Änderung der Fremdenverkehrsbeitragssatzung wurde am 17.12.2014 im Bregtalkurier veröffentlicht und dem Landratsamt am 18.12.2014 angezeigt.

Eigenbetrieb Wasserwerk/Abwasserentsorgung und Technische Dienste, Verzinsung der Kassengeschäfte

Verzinsung wird wie bisher, auch künftig vorgenommen.

Bebauungsplanverfahren Interkommunales Gewerbegebiet „Neueck“; Übertragung von Beschlussrechten auf den Zweckverband interkommunales Gewerbegebiet

./.

Vertrag zur Regelung der Kosten der Überlandhilfe der Feuerwehren im Schwarzwald-Bar-Kreis

Der Beschluss des Gemeinderates wurde dem Landratsamt Schwarzwald-Baar-Kreis als federführender Behörde mitgeteilt. Wenn die Zustimmung aller Kreisgemeinden vorliegt, wird der Vertrag unterzeichnet.

TOP 1.3 Bericht der Verwaltung zu geplanten Projekten

Bürgermeister Herdner geht in seinem Bericht auf die Fußgängerlichtsignalanlage an der Martin-Schmitt-Straße ein. Deren Funktion werde nun bis Samstagsabends verlängert.

TOP 2 Feststellung des Wirtschaftsplanes 2015

TOP 2.1 Eigenbetrieb Wasserwerk Vorlage: GR 025/2014-neu

Herr Dold hält den Sachvortrag.

Zu dem Sachvortrag gibt es keine Fragen, Bürgermeister Herdner stellt die Vorlage zur Abstimmung:

Beschluss:

Der Gemeinderat stellt aufgrund von § 14 des Eigenbetriebsgesetzes (EigBG) und §§ 7 bis 10 der Eigenbetriebsverordnung (EigBVO) i. V. mit §§ 86, 87 und 96 der Gemeindeordnung (GemO) den Wirtschaftsplan 2015 wie folgt fest:

§ 1 Wirtschaftsplan

Der Wirtschaftsplan für das Wirtschaftsjahr 2015 wird festgesetzt mit den Einnahmen und Ausgaben

von je	2.311.900 €
davon im Erfolgsplan	1.003.500 €
im Vermögensplan	1.308.400 €

§ 2 Kredite

Der Gesamtbedarf, der für den Eigenbetrieb Wasserwerk im Vermögensplan vorgesehenen Kreditaufnahmen, wird für das Wirtschaftsjahr 2015 auf 405.100 € festgesetzt.

§ 3 Kassenkredite

Der Höchstbetrag der Kassenkredite wird auf 200.000 € festgesetzt.

§ 4 Verpflichtungsermächtigung

Der Gesamtbetrag, der im Vermögenshaushalt vorgesehenen Verpflichtungsermächtigungen, wird festgesetzt auf 0 €.

§ 5 Stellenplan

Der Stellenplan ist Bestandteil des Wirtschaftsplanes.

Abstimmungsergebnis: 16 Ja (einstimmig).

TOP 2.2 Eigenbetrieb Technische Dienste Vorlage: GR 026/2014

Herr Dold hält den Sachvortrag.

Es gibt keine Fragen. Bürgermeister Herdner stellt die Vorlage zur Abstimmung:

Beschluss:

Der Gemeinderat stellt aufgrund von § 14 des Eigenbetriebsgesetzes (EigBG) und §§ 7 bis 10 der Eigenbetriebsverordnung (EigBVO) i. V. mit §§ 86, 87 und 96 der Gemeindeordnung (GemO) den Wirtschaftsplan 2015 wie folgt fest:

§ 1 Wirtschaftsplan

Der Wirtschaftsplan für das Wirtschaftsjahr 2015 wird festgesetzt mit den Einnahmen und Ausgaben

von je	1.697.840 €
davon im Erfolgsplan	1.510.240 €
im Vermögensplan	187.600 €

§ 2 Kredite

Kreditaufnahmen sind in Höhe von 45.900 € vorgesehen.

§ 3 Kassenkredite

Der Höchstbetrag der Kassenkredite wird auf 300.000 € festgesetzt.

§ 4 Verpflichtungsermächtigung

Der Gesamtbetrag der im Vermögenshaushalt vorgesehenen Verpflichtungsermächtigungen wird festgesetzt auf 0 €.

§ 5 Stellenplan

Der Stellenplan ist Bestandteil des Wirtschaftsplanes.

Abstimmungsergebnis: 16 Ja (einstimmig).

TOP 2.3 Eigenbetrieb Abwasserentsorgung
Vorlage: GR 027/2014-neu

Herr Dold hält den Sachvortrag.

Stadtrat Thurner geht auf den Antrag der UL wegen der Verwendung von Leiharbeitern ein. Er zeigt sich damit einverstanden, dass dieser Antrag bei der Behandlung des Haushalts mitberaten wird.

Da keine weiteren Fragen mehr vorliegen, stellt Bürgermeister Herdner die Vorlage zur Abstimmung:

Beschluss:

Der Wirtschaftsplan für den Eigenbetrieb Abwasserentsorgung für das Wirtschaftsjahr 2015 wird wie folgt festgestellt:

Der Gemeinderat stellt aufgrund von § 14 des Eigenbetriebsgesetzes (EigBG) und §§ 7 bis 10 der Eigenbetriebsverordnung (EigBVO) i. V. mit §§ 86, 87 und 96 der Gemeindeordnung (GemO) den Wirtschaftsplan 2015 wie folgt fest:

§ 1 Wirtschaftsplan

Der Wirtschaftsplan für das Wirtschaftsjahr 2015 wird festgesetzt mit den Einnahmen und Ausgaben

von je	3.372.100 €
davon im Erfolgsplan	1.626.800 €
im Vermögensplan	1.745.300 €

§ 2 Kredite

Der Gesamtbedarf, der für den Eigenbetrieb Abwasserentsorgung im Vermögensplan vorgesehenen Kreditaufnahmen, wird für das Wirtschaftsjahr 2015 auf 884.900 € festgesetzt.

§ 3 Kassenkredite

Der Höchstbetrag der Kassenkredite wird auf 325.000 € festgesetzt.

§ 4 Verpflichtungsermächtigung

Der Gesamtbetrag, der im Vermögenshaushalt vorgesehenen Verpflichtungsermächtigungen, wird festgesetzt auf 0 €.

§ 5 Stellenplan

Der Stellenplan ist Bestandteil des Wirtschaftsplanes.

Abstimmungsergebnis: 16 Ja (einstimmig).

TOP 3 Beratung des Haushaltsplans 2015; Beschlussfassung über die Haushaltssatzung Vorlage: GR 047/2015

Nach einer kurzen Einleitung übergibt Bürgermeister Herdner das Wort an Herrn Kleiser.

Herr Kleiser spricht in seinem Sachvortrag die Eckdaten des Haushalts an. Die Powerpoint-Präsentation hierzu wird dem Protokoll als Anlage beigefügt.

Es folgen die Reden der Fraktionen zum Haushalt 2015.

Es beginnt Stadtrat Riesle für die CDU-Fraktion um 19:01 Uhr. Stadtrat Riesle dankt für die CDU-Fraktion für den Entwurf und insbesondere Herrn Kleiser für dessen Arbeit. Das Jahr 2010 sei für die CDU-Fraktion eine Lehre gewesen. Man möchte diese Situation nicht mehr haben. Man habe zwar eine deutlich verbesserte Situation aber auch Defizite struktureller Art. Er befürchte bis 2018 einen nicht genehmigungsfähigen Haushalt. Dabei stünden in Zukunft auch zusätzliche Ausgaben insbesondere Sanierung von Gebäuden an. Die Fraktion unterstütze Sparmaßnahmen, lehne aber ein Kaputtsparen ab. Man wolle keine Belastungen der älteren Menschen und Familien. Im Bereich der Kindergärten sei man kreisweit führend. Diese außerordentliche Leistung koste die Stadt eine Million Euro. Die Einsparungen im Verwaltungshaushalt fielen nur gering aus. Stadtrat Riesle betont, dass man an der Stellenbesetzungssperre festhalten werde. Man wolle Verwaltungs- und Kooperationsmaßnahmen auch für die Eigenbetriebe. Der Technische Dienst gehöre unter das Dach der Kernverwaltung. Man sehe mittelfristig Einsparungen durch ein gesamtes Schulkonzept. Es bestehe bei den Schulen ein Sanierungsbedarf. Man wolle auch einen verbesserten Verkauf von Grundstücken und Gebäuden. Die steigenden Studentenzahlen sehe man positiv. Man

müsste darauf drängen, dass die Studenten hier ihren Erstwohnsitz nehmen. Man wolle Handel- und Industrieansiedlung auch kleinster Firmen. Die Fraktion begrüßte das Interkommunale Gewerbegebiet Neueck. Man wolle aber auch eine schnellere Vorgehensweise und mehr Transparenz. Die Fraktion wolle den Ansatz für Schulsozialarbeit erhöhen, die Bezuschussung der Zöglinge verbessern. Man beantrage die Bereithaltung von Mitteln für das Stadtmarketing. Schließlich spricht Herr Riesle weitere Investitionsmaßnahmen wie die Rathaussanierung, die Sanierung des Dorfgemeinschaftshauses Rohrbach und der Friedhofskapelle in Schönenbach an. Er beendet seinen Vortrag um 19:12 Uhr.

Für die Fraktion der Freien Wähler (FW) spricht nun Stadtrat Jung: „Sehr geehrter Herr Bürgermeister, sehr geehrte Damen und Herren der Verwaltung, sehr geehrte Gäste und Zuhörer, verehrte Kollegin, verehrte Kollegen, vorab gilt unser Dank der Verwaltung. Und hier insbesondere der Kämmerei, die uns den Haushaltsplanentwurf 2015 wieder früh zur Verfügung stellte. Nach einem Rekordjahr 2013 mit einem Gewerbesteueraufkommen von 10,6 Mio. € wurden wir 2014 wieder auf ein realistisches Maß von ca. 6,8 Mio. € zurückgeführt. Mit ursächlich für das Rekordaufkommen waren nicht nur die wirtschaftlichen Erfolge unserer ortsansässigen Firmen im Jahr 2013 sondern auch deren Nachzahlungen aus den Vorjahren. Die Aussichten für 2015 scheinen sich auf dem Niveau 2014 einzupendeln. Wobei diese Schätzung des Gewerbesteueraufkommens immer auf Unsicherheiten beruht. Niedrige Zinsen, niedriger Ölpreis, fallender Euro tragen sehr wahrscheinlich zu höheren Exporten und damit zu einem Wachstum bei. Welche Geldpolitik die EZB schließlich verfolgen wird und welche Auswirkungen diese tatsächlich auf die Wirtschaft haben wird ist unsicher. Unsicher ist der Wahlausgang in Griechenland. Für uns hier in Furtwangen heißt das, der Ansatz von 7 Mio. € für 2015 ist nicht unrealistisch, aber das Pendel kann im Laufe des Jahres in jede Richtung ausschlagen. Jeder Ausschlag nach unten bringt unseren Haushalt allerdings in Not. Wir verfügen über keinerlei Reserven mehr, um einen negativen Pendelausschlag abzufangen. Verabschieden wir den Haushaltsplan in der vorliegenden Fassung, werden die Rücklagen am Ende 2015 auf das gesetzlich vorgeschriebene Mindestmaß abgeschmolzen sein. Schätzungsweise werden wir 2015 2.610.000 € den Rücklagen entnehmen. Mit 2,44 Mio. € fließen 93,4 % davon in den Verwaltungshaushalt, um dort die Ausgaben zu finanzieren. (Voraussichtlicher Endstand 2015: 464.451 €). Mit anderen Worten, die Finanzierung des Verwaltungshaushaltes geht auf Kosten der Investitionen. Und wir hätten viel, ja sogar sehr viel zu investieren. Die Netto-Investitionsrate als Indikator für die Leistungsfähigkeit einer Gemeinde war vergangenes Jahr auf null und ist es auch dieses Jahr. Nur die Rücklagen aus 2012 und 2013, immerhin 5,488 Mio. €, eröffnen uns die Möglichkeit, einen genehmigungsfähigen Haushalt für 2015 zu verabschieden. Und wir sind noch nicht über dem Berg. Das Wirtschaftsjahr 2015 wird spannend werden. Auch das Gespenst der Fehlbeträge ist nicht aus der Welt. Der aktuelle Verwaltungshaushalt ist eng gestrickt. Deshalb haben wir für die heutige Beratung auch keine Anträge gestellt. Die Probleme im Verwaltungshaushalt sind struktureller Natur und können heute Abend sicher nicht gelöst werden. Vor diesem Hintergrund muss uns aber heute schon bewusst sein, das Jahr 2018 wird ein kritisches Jahr. Wir haben keine Rücklagen mehr und die Zuführung zum Vermögenshaushalt beschränkt sich auf die Tilgungsrate. Also das gesetzlich vorgeschriebene Minimum. Wir schließen uns der Verwaltung und den Fraktionen an, noch im ersten Quartal 2015 zu einer Sitzung zusammenzukommen, um eine Lösung für die strukturellen Probleme zu erarbeiten. Schaut man sich die Anträge zum Verwaltungshaushalt an, stellt sich mir allerdings die Frage, ob bei allen Mitgliedern des Gemeinderates der Wille, der Mut und der Ernst zur Problemlösung besonders ausgeprägt ist. Ohne Gegenfinanzierung die dauerhaften Ausgaben im Verwaltungshaushalt zu erhöhen, halte ich nicht für zielführend. Im Gegenteil, andere Mitglieder dieses Gremiums müssen als „Buhmann“ herhalten und heute Abend gegen diese Anträge stimmen, um nicht etwas zu zementieren, das uns die Arbeit und die Entscheidungen in der Haushaltsstrukturkommission noch weiter erschwert. Ein kurzer Streifzug durch den Verwaltungshaus-

halt zeigt, was wir alles bewältigen, lässt aber auch die Problemkreise erkennen. Für Betreuungsangebote an den Schulen (Verlässliche Halbtagsgrundschule, flexible Nachmittagsbetreuung, Hort, Mensabetrieb, Betreuung außerhalb der Ganztageschule (offene -) und Ferienbetreuung während der Schulferien) leistet die Stadt einen hohen Beitrag (ca. 150 tsd. €). Zusammen mit den Schulbudgets und anderen schulischen Ausgaben belaufen sich die Kosten auf 1,28 Mio. €. Am Betrieb der Kindergärten und des Kinderhauses beteiligt sich die Stadt mit 1,152 Mio. €. Für die Einrichtung der Jugendarbeit erbringt sie weitere 94 tsd. €. Fassen wir zusammen: Für die Betreuung, das Wohlergehen und die Bildung unserer Kinder und Jugendlichen bringt die Stadt jährlich 2,5 Mio. € auf. Darin sind die freiwilligen Leistungen wie der Barzuschuss an die Jugendmusikschule in Höhe von 98 tsd. € und die Förderung der Zöglingausbildung mit 8 tsd. € noch nicht enthalten. Für eine Stadt mit 9.229 Einwohnern ein ordentlicher Betrag. Die Ausgaben für die freiwilligen Aufgaben (Leistungen) der Stadt steigen in 2015 um

ca. 90 tsd. € auf 467.200 €. Der Betrag von 1,1 Mio. € für die Unterhaltung der Gebäude und Straßen ist auf ein Minimumwert angesetzt. Im Gegensatz dazu ist der Bedarf, vor allem der Nachholbedarf enorm. Den Winterdienst auf hohem Niveau lassen wir uns 755 tsd. € kosten. Die Personalausgaben ohne die Eigenbetriebe erreichen mit 3,242 Mio. € einen Höchststand. Weitere Ausgaben mit in Summe über 11 Mio. € schlagen zusätzlich zu Buche. Alleine die Umlagen belasten unseren Verwaltungshaushalt mit 8,9 Mio. €. Die Konsequenz ist: 78,9 % unserer bescheidenen Investitionen in Höhe von ca. 800 tsd. € sind kreditfinanziert. Der Rest kommt aus den Rücklagen. Rufen wir uns ins Gedächtnis, welche Investitionen in den kommenden 5 bis 8 Jahren anstehen,

Umsiedlung/Neubau Bauhof geschätzt ca. 4 Mio. € Sanierung/Umbau OHG geschätzt 5 - 18 Mio. € Straßensanierung geschätzt 8 - 10 Mio. € gemäß der Prioritätenliste. Interkommunales Gewerbegebiet und schnelles Internet, um nur ein paar gewichtige zu nennen, macht deutlich, vor welchen gewaltigen Aufgaben wir stehen. Für die eine oder andere Investition wurden schon Mittel im Haushalt 2014 und in früheren Haushalten eingesetzt, aber nicht abgerufen. Über die Gründe und Ursachen möchte ich mich hier nicht auslassen. Was uns in diesem Zusammenhang Sorge bereitet sind die Entscheidungen, mögliche größere Haushaltsreste zu bilden und nach 2015 zu übertragen. Denn die zentrale Frage ist die, können wir diese HH-Reste finanzieren. Ist eine kassenmäßige Abwicklung möglich? Darauf hätten wir gerne eine Antwort.

2013 sind wir dem Zweckverband Breitband beigetreten. Unsere Fraktion steht hinter dem Ausbau des schnellen Internets als Zukunftsinvestition. Unser interkommunales Gewerbegebiet Neueck muss schnellstens entwickelt werden, um die Ansiedlung von interessierten Unternehmen vorantreiben zu können. Ziel muss es sein, 2016 die erschlossenen Grundstücke anbieten zu können. Notwendige Voraussetzung ist dabei die Erschließung mit schnellem Internet. Diese Investition können und dürfen wir nicht auf die lange Bank schieben. Schnelles Internet im ländlichen Raum ist ein wichtiger Standortfaktor. Wie eingeschränkt unsere finanziellen Möglichkeiten sind, erkennen wir unter

anderem an der von der Verwaltung aufgestellten oder auferlegten Negativliste.

Entgegen dem Vorschlag der Verwaltung, befürworten wir die ursprünglich vorgesehene Investition von 40 tsd. € zur Umrüstung der Straßenlampen auf LED. Zumal wir mit einem Zuschuss in Höhe von 10 tsd. € rechnen können.

Oben haben wir auf das strukturelle Problem im Verwaltungshaushalt hingewiesen. Unsere Straßenbeleuchtung verursacht jährliche Bewirtschaftungskosten in Höhe von 90 tsd. €. Umgesetzte Projekte und Studien zeigen, mit LED sind Einsparungen von 57% und bis zu 70% der Stromkosten möglich. Die Amortisationszeit liegt bei ca. 6 Jahren. Wir vertreten die Auffassung, wir müssen hier aktiv werden. Zum Einen reduzieren wir über diese Investition die jährlichen Ausgaben im Verwaltungshaushalt (ein Schritt zur Lösung des Strukturproblems) zum Anderen leisten wir einen Beitrag zur Umwelt. Selbstredend sind die 40 tsd. € nur ein kleiner, unseres Erachtens aber ein wichtiger Schritt. Wir sollten jährlich einen festen Betrag hierfür vorsehen. Ziel sollte sein, bis Ende 2017 den größten Teil unserer Straßenbeleuchtung auf LED umgestellt

zu haben. Wir bitten die Verwaltung um eine Aufstellung der Anzahl der Straßenlampen und das notwendige Investitionsvolumen. Der Verwaltungshaushalt könnte damit in den kommenden 3 Jahren um ca. 40 Tsd. €

jährlich entlastet werden (vorsichtige Schätzung). Als Gegenfinanzierung schlagen wir die Streichung der Neugestaltung des Zugangs zur Donauquelle vor. Im Vermögenshaushalt fehlen uns die Ansätze für die möglichen Verkaufserlöse aus dem Grundstücksgeschäft mit dem Land (Stichwort Leuchtturmprojekt „Holzvergasungsanlage“) und am Alten Bahnhof in Schönenbach. Wir werden diesen Einnahmen bewusst keine Ausgaben gegenüberstellen. Zum Einen wissen wir nicht, ob alle geplanten Verkäufe sich so einstellen werden, zum Anderen könnten wir damit die Netto-Neuverschuldung in Höhe von 306 Tsd. € letztlich reduzieren. Wobei in Zeiten von niedrigen Zinsen eine Kreditaufnahme für Investitionen durchaus Sinn machen kann. Das Jahr 2015 mit seiner hohen Abgabenlast als Folge unserer hohen Steuerkraft in 2013 verlangt Haushaltsdisziplin. Unsere Fraktion wird heute zu Ausgabenpositionen vor allem dann nein sagen, wenn wir weder ein Konzept noch einen klaren Nutzen erkennen können. Ich wünsche dem Gremium eine sachliche und faire Haushaltsplanberatung. Mögen unsere Entscheidungen zum Wohle unserer Stadt und deren Bürgerinnen und Bürger ausfallen.“

Stadtrat Jung beendet seine Rede um 19:23 Uhr.

Als nächstes spricht Stadtrat Staudt für die SPD-Fraktion: „Sehr geehrter Herr Bürgermeister Herdner, sehr geehrte Damen und Herren der Verwaltung, liebe Christine, Gemeinderats-Kollegen sowie Zuhörer und Damen und Herren der Presse, der von der Verwaltung vorgelegte Haushaltsplanentwurf 2015 hat ein Gesamtvolumen von knapp 26,2 Mio. € ohne Eigenbetriebe. Auf den Verwaltungshaushalt entfallen 22,5 Mio. €, auf den Vermögenshaushalt 3,67 Mio. €. Um den Haushalt so wie er geplant ist einzustellen, ist eine Kreditaufnahme von ca. 631 000 € und eine Entnahme aus der allgemeinen Rücklage von 2,61 Mio. € nötig. Leider sind damit unsere Rücklagen aufgebraucht! Gott sei Dank konnten wir 2012 und 2013, als fette Gewerbesteuerereinnahmen generiert wurden, Rücklagen zuführen die wir nun im letzten Jahr und in diesem Haushalt wie er uns als Entwurf vorliegt dringend benötigen um ihn auszugleichen. Unser Haushalt ist wie eine Achterbahn, ein Auf und ein Ab. Sind die Steuereinnahmen wie 2012 und 2013 sehr gut, dann haben wir kein Geld weil wir Fehlbeträge aus früheren Jahren begleichen oder Rücklagen ansparen müssen. Sind die Gewerbesteuerereinnahmen geringer, aber immer noch nicht schlecht, so wie dieses Jahr, dürfen wir Umlagen, die um 2,2 Mio. höher sind wie unser Gewerbesteueransatz abführen. So setzen wir dieses Jahr wieder 7 Mio. als Gewerbesteuer Einnahmen ein, müssen aber 4,45 Mio. an den Kreis als Kreisumlage abführen, was letztes Jahr noch 4,18 Mio. betrug, das Land möchte als Finanzausgleichsumlage dieses Jahr 3,37 Mio. und Gewerbesteuerumlage von 1,42 Mio. Somit werden wir Umlagen in Höhe von 9,24 Mio. abführen. Das sind knapp 500.000 € mehr als im letzten Haushaltsjahr! Auf der Einnahmenseite ist der Gemeindeanteil der Einkommensteuer mit 4,4 Mio. die zweitgrößte Einnahmen Quelle. Aber auch hier werden wir 130 000 € weniger einnehmen weil das Land neue Schlüsselzahlen für dieses Jahr herausgegeben hat und somit der Gemeindeanteil verringert wird. Auch der Gemeindeanteil der Umsatzsteuer reduziert sich, zwar nicht so stark wie der Gemeindeanteil der Einkommensteuer aber auch um 21 000 €. Im letzten Haushaltsjahr erhielten wir noch 329 000 € als Schlüsselzuweisung, nach der mangelnden Steuerkraft dieses Jahr nichts mehr weil als Berechnungsgrundlage die sehr gute Gewerbesteuerereinnahmen von 2013 zu Grunde gelegt wird. Somit haben wir auch auf der Einnahmenseite ein Minus von über 400 000 € gegenüber 2014. Auch dadurch kann der Verwaltungshaushalt nichts dem Vermögenshaushalt zuführen sondern der Vermögenshaushalt muss den Verwaltungshaushalt ausgleichen und dies auch nur wie vorher schon angesprochen durch die Entnahme aus der allgemeinen Rücklage und einer Kreditaufnahme. Unsere Haushaltssituation zeigt auch die Tatsache dass nicht ein neu eingestellter Betrag die größte Investitionssumme sein wird, sondern ein Haushaltsrest wird dies im Haushaltsplan 2015 sein. In unserem Haushaltsplanentwurf ist die höchste Investition Summe der Haushaltsrest

für die Sanierung des Otto Hahn Gymnasiums mit Realschule von 850 000 €. In den letzten drei Jahren wurden insgesamt ca. 1,2 Mio. in den Haushalt eingestellt um die Sanierung voranzutreiben. Von diesen sind immer noch 850 000 € als Haushaltsrest da. Wir hoffen, dass dieses Jahr einiges bewegt wird. Im letzten Jahr wurden die Wände und die Garagentore in der oberen Bühl Halle saniert. Bei der Sanierung wurden auch einige Unfallgefahrenstellen beseitigt und die Halle wurde durch das Holz und die Farbe an den Wänden viel freundlicher und passt nun besser zu einer Eliteschule des Sports. Auch in diesem Haushaltsplanentwurf sind weitere 50 000 € für nötige Sanierungsmaßnahmen vorgesehen. Der eingeschlagene Weg der Verwaltung den Zustand der städtischen Infrastruktur, Straßen, Gehwege und Gebäude zu verbessern und zu erhalten zeigt auch der Haushaltsplanentwurf von 2015, worüber wir mit der Verwaltung im Einklang sind. Bei dem großen Sanierungsstau sind die 400 000 € für den Bereich der Straßen und Gehwege zwar noch lange nicht ausreichend aber er zeigt, dass das was wir haben erhalten werden muss. Die Jahnhalle ist über 50 Jahre alt und im letzten Jahr wurde die dringende Sanierung der Damen Umkleide und des Duschbereichs auch sehr gelungen durchgeführt. Nun sind beide Umkleideräume und Duschen saniert, und im Verwaltungshaushalt sind 12 000 € für den Einbau neuer Fenster eingestellt. Im letztjährigen Haushalt waren 15 000 € für die gleiche Maßnahme eingestellt, aber der Fensteraustausch fand nicht statt. Wir bitten doch dieses Jahr die aufgebrauchten und nicht mehr dichten Fenster auszutauschen. All diese Investitionen sind notwendig, um unsere bestehenden Gebäude weiterhin zu sanieren und Energiekosten einzusparen. Auch benötigen wir die Entwicklung neuer Gewerbegebiete und die Umsetzung des interkommunalen Gewerbegebiets Neu Eck, um durch Steuereinnahmen den finanziellen Anforderungen der Zukunft gewachsen zu sein und Arbeitsplätze zu sichern. Seit vielen Jahren, ja Jahrzehnten ist es immer wieder ein Anliegen der SPD gewesen einen Gehweg entlang der Martin Schmitt Straße vom Don Bosco bis zur Carl-Diem-Straße in den Haushalt aufzunehmen. So werden wir heute den Antrag stellen diese Maßnahme in die Kommunale Finanzplanung aufzunehmen. Die Martin Schmitt Straße ist eine stark befahrene Umgehungsstraße die nicht im Schrittempo durchfahren wird. Es ist zu beobachten dass immer mehr Bürgerinnen und Bürger die Straße als kürzesten Fußweg zu den Discountern auf dem Moos nutzen. Die begonnene Stadtsanierung wird mit 210 000 € vorangetrieben und außerdem ist eine erste Rate von 150 000€ für einen Kunstrasenplatz für das Sportzentrum Breg in den Haushalt eingestellt. Eine Umgestaltung des nicht mehr zeitgemäßen Hartplatzes in einen Kunstrasenplatz ist dringend notwendig. Der Sportplatz ist in den Sommermonaten der Treffpunkt für viele Vereine, für die Schulen aber auch für die ganze Bevölkerung. Der FC 07 möchte gerne die Realisierung, also die Sanierung in einen Kunstrasenplatz dieses Jahr schon durchführen und er ist bereit die fehlende Summe von 150 000 € ein Jahr vor zu finanzieren, dazu benötigt er aber eine Bürgschaft der Stadt dass 2016 die 150 000 € im Haushalt eingestellt werden und der Kredit beglichen wird. Diesen Bürgschaftsantrag werden wir, die SPD, Fraktion stellen. Dies kommt natürlich nur zustande sollte Leader das Projekt ablehnen. Ein ganz anderes Thema: Unsere Gewerbesteuerereinnahmen 2014 von ca. 7 Mio., ist eine ganz gute Gewerbesteuerereinnahme. Leider bleiben von den Millionen immer nur ca. 20% in der Stadtkasse hängen. Den jetzigen Ansatz ebenfalls von 7 Mio. sehen wir als realistisch an, denn wir wissen auch, dass die Gewerbesteuer, welche unsere Haupteinnahmequelle ist, sehr starken Schwankungen unterliegt und rein von der konjunkturellen Lage abhängt. An dieser Stelle möchten wir uns bei unserem umsichtigen Mittelstand und allen unseren Gewerbesteuerzahlern für ihr Engagement und Treue zu Furtwangen bedanken. Es freut uns, dass momentan drei große Firmen in unserer Stadt Erweiterungsbauten planen oder bereits erstellen um zu expandieren. Die Investitionen für unsere Kinder zieht sich wie ein roter Faden durch unseren Haushalt. Der Kindergartenbereich und die Kleinkindbetreuung sind weitere Schwerpunkte. Die Kosten von rund 1,15 Mio. €, für den Kindergarten und Kleinkindbereich ist eine enorme Ausgabe ebenso der Zuschuss von 1,3 Mio. € für die Schulen belasten unseren Verwaltungshaushalt enorm. Um das umfassende Angebot an Schulen, Kindergärten und Kleinkindbetreuung erhalten zu können, müssen wir in Furtwangen in Zukunft eine aktivere

Familienpolitik betreiben. Viele Wohnungen sind durch Studenten WG's belegt und Wohnungen für unsere Bürger fehlen. Auch in diesem Bereich sollten wir in Zukunft aktiver werden. Wie bereits vorhin erwähnt stehen in Furtwangen ausreichend Kindergartenplätze zu Verfügung. In Furtwangen sind alle Schulen vorhanden. Auch für einen Ausbau des ÖPNV setzen wir uns ein. Ob diese Maßnahmen jedoch alleine ausreichen bezweifeln wir. Meine sehr verehrten Damen und Herren, was wir auf keinen Fall vergessen sollten ist, dass unser Haushalt durch viel Engagement unserer Mitbürger entlastet wird. Zum einen die vielen Helfer die das Bregtalbad betreiben, oder dem VDU mit der Weihnachtsbeleuchtung, die Bürgerbus Initiative oder auch der Gruppe mit den Wunderfitzkisten und das jüngste Kind bürgerlichen Engagements „der Bregtal-Lift“ sowie die Bürgerstiftung. Allen die mit Ihrem Engagement, auch in den Vereinen, unsere Stadt beleben und attraktiv erhalten sagt die SPD Fraktion aufrichtig „Vergelt's Gott“. Wir bedanken uns auch bei der Verwaltung, dass sie im letzten Jahr gut gewirtschaftet hat und hier einen Haushaltsplanentwurf vorgelegt hat der klar aufzeigt dass die Sanierung unserer Gebäude und Straßen im Vordergrund steht. Diesen eingeschlagenen Weg unterstützen wir und möchten uns bei allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Verwaltung sowie bei ihnen Herr Bürgermeister Herdner für einen gut ausgearbeiteten Haushaltsplanentwurf bedanken. Ein großer Dank der Kämmerei und ein besonderer Dank unserem Kämmerer Herrn Kleiser. Zum Schluss noch eine kleine Anmerkung von mir. Im ganzen Haushaltsplan lese ich im Verwaltungshaushalt am liebsten die Seite der Gemeindevollzugspolizei. Denn da erwirtschaftet unser Gemeindevollzugsbeamter seine Personalkosten fast selbst.“
Stadtrat Staudt beendet seine Rede um 19:35 Uhr.

Als letztes spricht **Stadtrat Thurner für die UL-Fraktion**: „Sehr geehrter Herr Bürgermeister Herdner, sehr geehrter Kämmerer Kleiser, meine Damen und Herren, zunächst danken wir Ihnen, Herr Kleiser, und Ihrem Team für die Zusammenstellung des Haushalts 2015. Wie die Vorredner schon festgestellt haben, hat die Verwaltung durch Streichungen dafür gesorgt, dass dieser Haushalt überhaupt genehmigungsfähig wird. Ganz besonderen Dank gebührt Ihnen, Herr Kleiser, für Ihre Analyse des strukturellen Defizits. Es gebührt Ihnen wirklich ein großes Lob, dass Sie mit der Wahl des Bezugsjahres 2018 verwaltungsseitig diese nicht ganz einfache Rechnung durchgeführt haben und dem Gemeinderat vorgelegt haben. Auf diesen Aspekt des strukturellen Haushaltsdefizits möchten wir zum Ende auch mit Blick auf die mittelfristige Finanzplanung zurückkommen. Zunächst aber zum aktuellen Haushalt: Die Vorredner haben es schon festgestellt: Dieses Jahr ist wieder ein haushaltstechnisch gesehen schlechtes Jahr für die Stadt Furtwangen. Trotz zugrundegelegter überdurchschnittlicher Gewerbesteuererinnahmen von 7 Mio € (also der Annahme, dass 2015 die Gewinne unserer heimischen Firmen genauso hoch sind wie 2014) können wir den Haushalt nach vorgelegtem Plan nur darstellen, indem wir die Rücklagen bis auf das gesetzliche Minimum entnehmen und noch dazu eine Kreditaufnahme von 630 T€ planen, obwohl –wie Herr Bürgermeister Herdner bei der Einbringung des Haushalts im Dezember feststellte, keine großen Maßnahmen im Vermögenshaushalt vorgesehen werden.

An dieser Stelle aber auch ein Lob für Sie Herr Bürgermeister Herdner: wir unterstützen ausdrücklich Ihren Kurs (und haben dies in früheren Jahren leider vergeblich gefordert), dass wir in Superjahren wie 2013 Rücklagen bilden müssen, auch weil ja die Umlagen und Schlüsselzuweisungen zwei Jahre nach einem Superjahr drastisch zurückgehen. Genau diesen Effekt haben wir ja nun im Jahre 2015. Nur mit diesen Rücklagen können wir das laufende Haushaltsjahr meistern. Aber leider ein „aber“: diese Rücklagen sind dann verbraucht und bei einem Einbruch der Konjunktur sieht man an der mittelfristigen Finanzplanung, dass wir ganz schnell wieder an der Wand stehen würden. Was man auch sieht: wenn wir nicht unsere Hausaufgaben als Gemeinderäte erledigen und die strukturellen Defizite angehen, werden wir in den nächsten Jahren selbst dringliche Maßnahmen wie einen kleineren weiteren Sanierungs- und Modernisierungsschritt beim OHG nicht realisieren können. Wir wollen allerdings nicht alles auf die Zukunft und das Prinzip Hoffnung –sprich die Haushaltsstrukturkommission -

schieben, sondern haben mit einigen kleineren Sparvorschlägen im Verwaltungshaushalt auch in diesem Jahr schon etwas Luft im Vermögenshaushalt geschafft. Ganz bewusst wollen wir den im Verwaltungshaushalt eingesparten Betrag für das OHG in den Haushalt einstellen als Zeichen der Prioritäten. Wir meinen: „Nullrunden“ wie im vorgelegten Haushalt an dieser Stelle sogar bis 2018 vorgesehen, können wir uns nicht leisten! Die kleinere Maßnahmen haben wir der Verwaltung ja letzte Woche vorgelegt, hier die wichtigsten Vorschläge, wobei wir nur Veränderungen über 10.000 € hier nennen:

➤ Tourismusausgaben/Ferienland S. 125, Marketingausgaben. Hier fordern wir den Ansatz der Verwaltung um 10.000 € zu reduzieren, die in 2014 beschlossene Erhöhung war mit einmaligen Maßnahmen begründet, dennoch haben wir immer noch 9.000 € mehr als 2013 vorgesehen. Grundsätzlich: für uns gehört Mitgliedschaft als Thema in die Haushaltsstrukturdebatte. Wir meinen, dass Aufwand und Nutzen hier in einem Missverhältnis stehen!

➤ Stadtсанierung /S. 177: -100.000 € (oder Sperrvermerk): es sind keine konkreten Maßnahmen unterlegt. Von daher sollten wird das Sanierungsthema auf einen längeren Zeitraum verteilen.

➤ Planung Fohrenstraße: -10.000 € und Sperrvermerk: ja, es sind hier dringliche Reparaturmaßnahmen zur Absicherung der Betriebssicherung erforderlich. Aber: eine zweite so üppige Sanierung wie in der neuen Champs de Elysee von Furtwangen, der Neuen Heimat, können wir uns hier auch in Anbetracht der nur wenigen (17) Häuser an dieser Straße nicht leisten. Daher sollte unser Planungsauftrag auf die dringlich erforderlichen Stützmaßnahmen ausgerichtet sein. Entsprechend geringer werden auch die Planungskosten ausfallen, natürlich auch die Durchführungskosten, die derzeit mit 750.000 € nur für die Oberflächenmaßnahmen (also ohne Kanal) angesetzt sind!

➤ Personal Verwaltung/S. 234: hier haben wir von der Verwaltung Informationen bekommen, die unseren zunächst geforderten Sparbetrag von -200.000 € auf -70.000 € reduzieren. (vgl. RE 2012: 2,76 Mio € , Stellenerhöhungen können ca. 130.000 € erklären, dann noch Lohnerhöhungen rund 280 T€ nicht eine Erhöhung gegenüber 2012 um 480.000€, bleiben 70.000 € unerklärlich). Im Ansatz der Verwaltung ist ja auch noch eine etwas teurere Variante für den Hort Neukirch berücksichtigt, die wir ja so nicht brauchen. Die Erhöhung im Personalbereich ist erheblich (rund +1 Mio nur in der Kernverwaltung ohne TD gegenüber 2006, das ist deutlich über der Lohnkostensteigerung (geschätzt real eine halbe Million € mehr). 40.000 € können wir nicht aus dem Stellenplan und den beschlossenen personellen Maßnahmen ableiten und beantragen daher, den Ansatz entsprechend zu reduzieren (vgl. RE 2012: 2,76 Mio € + 10%= 3.0 € Mio)

➤ Bewirtschaftungskosten/S. 237: Reduktion um 100.000 €: aufgrund fallende Energiepreise (Achtung: Einmaleffekt) und durch sparsamen Umgang mit Reinigungsmittel (hier werden 40.000 € angesetzt) sollte dies ohne Qualitätseinbußen zumindest in diesem Jahr möglich sein.

➤ Eigenbetrieb TD: Reduktion um 30.000 durch Reduktion bei Leiharbeiter, um 30 T€ weniger Aufwand = im Stadion (Vertrag mit FC) und Friedhof, Rechnungsergebnis 2013 bei Leiharbeitern: 7.000 €, hohe Kosten im Stadion: S.94! Zu bedenken ist, dass sich im Winterdienst ein Strukturwandel ergeben hat: heute wird der Hauptteil des Winterdienstes durch Unternehmer geleistet (+135.000 € gegenüber Vorjahr!), was eine Entlastung für den TD bedeutet, der daher etwas mehr Aufgaben übernehmen kann, so dass etwas weniger Fremdleistungen von Leiharbeiten benötigt werden.

➤ Planung Breibandkabel: ganz klar: wir stehen zu einer zukunftssichernden Breitbandanbindung. In der mittelfristigen Finanzplanung sind aber bis 2018 keine weiteren Maßnahmen vorgesehen. Wir meinen: Wir brauchen vorerst nur eine Grobplanung , wann etwas gemacht werden muss, also einen Zeitplan, wann etwas ansteht, auch unter Berücksichtigung wo die größten Engpässe, der größte Anschlussbedarf (nicht aller werden wegen der hohen Anschlusskosten das erforderliche private Geld in die Hand nehmen) und Wirkungen erzeugt werden können. Wir weisen aber darauf hin: wir müssen in den nächsten Jahren hier aber auch Gelder für echte Maßnahmen vor-

sehen! Das werden wir im nächsten Jahr beantragen! (40 T€ statt 80 T€)

In einem Punkt beantragen wir eine Erhöhung des Haushaltsansatzes der Verwaltung:

- Bei den Gemeindeverbindungsstraßen würden wir noch 70.000 € drin lassen, also 20.000 € mehr als die Verwaltung. Das ist dann immer noch deutlich weniger als in früheren Jahren, unserer Meinung aber absolut sinnvoll.

Alles zusammen ergibt sich daraus eine Einsparung von 349.000 € (Berücksichtigung des Sondereffekts von 160.000 € bei Personal), diese beantragen wir für Modernisierungs- und Sanierungsmaßnahmen am OHG ein zu stellen.

Zum Schluss noch ein Blick auf die mittelfristige Finanzplanung und etwas zum Thema strukturelles Defizit: Zum strukturellen Defizit haben Sie, Herr Kämmerer Kleiser, uns es ja nun genau vorgerechnet: im „eingeschwungenen“ Referenzjahr 2018 können wir strukturelle Defizit quantifizieren, wenn wir festlegen, was wir als Investitionen im Vermögenshaushalt für die Zukunftsgestaltung als Minimum annehmen. Nehmen wir mal einen Betrag von 1,5 Mio €, was wohl eher ein zu kleiner Wert ist, mit der angenommenen Zuführung bei Fortschreibung des Ist-Zustandes von 300.000, müssen wir dann also eine Einsparung von rund 1,2 Mio € im Verwaltungshaushalt darstellen.

Liebe Kollegin, liebe Kollegen: das ist unsere politische Aufgabe. Wir meinen, dass diese gewaltige Summe ohne Schaden für die Stadt nur dann erreicht werden kann, wenn wir die großen Brocken angehen. Das sind für uns:

-Personalkosten: eine Steigerung von 1 Mio € seit 2005 bei gleichzeitig abgegebenen Aufgaben (Schwimmbad, Grundbuchamt) zeigt: hier müssen wir als Gemeinderat ran. Ganz klar: das ist keine Verwaltungsschelte oder Kritik an der Verwaltung: eine Verwaltung will zur optimalen Erfüllung ihrer Aufgaben wachsen, das ist so etwas wie ein verwaltungstechnisches Naturgesetz. Dies kann nicht ohne politische Vorgabe verändert werden.

-Gebäude: bei abnehmender Bevölkerung müssen wir hier sehen: jedes Gebäude muss bewirtschaftet, unterhalten und irgendwann saniert werden. Hier wird es nicht ohne schmerzhaft Maßnahmen gehen. Ziel muss sein, die großen Brocken zu identifizieren und hierfür Maßnahmen zu finden, die eine Reduktion der genutzten Gebäude ohne erheblichen Verlust von Services und Einrichtungen ermöglichen.

-Controlling und gute Ideen: selbst in dem von der Verwaltung mit vielen Einsparungen belegten Haushalt 2015 sind uns noch Positionen aufgefallen, wo man durch gutes Controlling und gute Ideen noch Luft für Einsparungen hat: wir haben beispielhaft die Reinigungsmittel erwähnt, auch beim Salzverbrauch für die Streuung sehen wir durch Controllingmaßnahmen Einsparpotentiale, ohne eine ausreichende Besatzung der Straßen zu gefährden. Hier macht uns im Bereich des Streusalzes der Landkreis gutes Management vor.

-Marketing: Ferienland und eigenes Stadtmarketing; hier werden wir uns entscheiden müssen, was uns wichtiger ist.

Unser Ziel ist, in der Haushaltsstrukturdiskussion aus diesen 4 Bereichen die erforderliche Einsparung von 1,2 Mio € zu erwirtschaften.

Zum Schluss noch ein Blick auf die mittelfristige Finanzplanung: wir haben etliche Bereiche entdeckt, wo wir uns u.E. eine „Nullstellung“ bis 2018 nicht erlauben können. D.h. aber auch, bei den Investitionen die Prioritäten richtig zu setzen. Wir werden bei dem Jahresabschluss 2014 beantragen, die Mittel für den Kreisel am Kussenhof/Linacher Kreuz zu streichen: die Gefährdungspotentiale lassen sich auch durch andere, auf die Verringerung von Geschwindigkeitsüberschreitungen abzielende Maßnahmen erreichen. Das dadurch eingesparten Mittel wollen wir für die von uns priorisierten Maßnahmen OHG Sanierung und notwendige Modernisierungen der Breitbandversorgung stecken. Durch die oben genannten mittelfristigen Maßnahmen sehen wir Sparpotentiale, die uns zu dem Ziel führen können, im Jahre 2018 tatsächlich noch einen ausreichenden Überschuss im Verwaltungshaushalt zu erreichen und die Handlungsfähigkeit der Stadt für Zukunftsaufgaben zu gewährleisten. Wir werden uns mit den genannten, aber auch weiteren, in der Diskussion mit unseren Unterstützern und Kandidaten erarbeiteten Haushaltsvorschlägen konstruktiv an einer kritischen Haushaltsstrukturdiskussion beteiligen.“

Stadtrat Thurner beendet seine Rede um 19:49 Uhr.

Bürgermeister Herdner geht auf das Stichwort „Strukturkommission“ ein. Dieser solle sich im ersten Vierteljahr im Gemeinderat zusammen setzen. Das in 2010 erarbeitete Papier werde nochmals durchgesehen und von der Verwaltung würden Vorschläge dazu kommen.

Bürgermeister Herdner geht nun auf die Haushaltsplanberatung ein. Man werde nun die Anträge abarbeiten. Hierbei werde Herr Kleiser zunächst die Ansätze begründen.

a) Beratung des Verwaltungshaushalts

Seite 47, Haushaltsstelle 1.0610.6500.000 - Geschäftsausgaben - Ansatz bisher: 47.100 €, Antrag: Reduzierung um 7.000 €, Antragsteller: UL-Fraktion

Herr Kleiser begründet den Antrag und schlägt eine Reduzierung um 3 - 4.000 € vor.

Stadtrat Thurner beantragt hieraufhin eine Reduzierung um 4.000 €.

Bürgermeister Herdner stellt diesen Antrag der Reduzierung um 4.000 € zur Abstimmung:

Abstimmungsergebnis: 15 Ja, 1 Nein (mehrheitlich angenommen).

Seite 63, Haushaltsstelle 1.3200.4000.000 - Schulsozialarbeit OHG - bisher kein Ansatz, die CDU-Fraktion beantragt 25.000 € einzustellen

Stadtrat Ebeling erklärt, dass die CDU-Fraktion an ihrem Antrag festhalte. Eine Schulsozialarbeit gebe es schon an der Werkrealschule. Diese sei eine Halbtagsstelle. Diese Sozialarbeit könnten Lehrer nicht mehr leisten. Am OHG gebe es wesentlich mehr Schüler als an der Werkrealschule. Er halte die Notwendigkeit für gegeben.

Stadtrat Jung bittet die CDU-Fraktion, diesen Antrag nach der Beratung der Haushaltsstrukturkommission zu bringen. Er sehe zurzeit kein Einsparungspotential. Man solle sich zuerst zusammensetzen und er bittet darum, keine KampfAbstimmung durchzuführen.

Stadtrat Staudt fragt nach den Zuschüssen.

Frau Grieshaber antwortet ihm, dass die Schulsozialarbeit heute über die Caritas laufe. Das Landratsamt sei ausgestiegen. Die Zuschüsse würden direkt beim Land abgerufen. Für eine Halbtagsstelle gebe es 8.000 € Zuschuss.

Bürgermeister Herdner betont, dass das Thema Schulen auch in der Haushaltsstrukturkommission behandelt werde. Es gebe eine Veränderung der Schullandschaft. Man müsse über die Sache separat reden. Der Bedarf sei sicherlich vorhanden. Man solle das Thema aber erst aufgreifen, wenn der Bereich Schulentwicklung beraten werde.

Stadtrat Riesle betont, dass man ebenfalls keine KampfAbstimmung wolle. Man stelle den Antrag zurück.

Der Antrag wird hiermit zurückgezogen.

Seite 71, Haushaltsstelle 1.3310.6770.000 - Förderung Zöglingausbildung - Ansatz: 8.000 €, Antrag: Erhöhung um 2.000 €, Antragsteller: CDU-Fraktion

Herr Kleiser legt dar, dass der Ansatz an sich ausreichen müsste.

Hieraufhin zieht Stadtrat Riesle den Antrag der CDU-Fraktion zurück.

Seite 104, Haushaltsstelle 1.6300.5110.000 - Gemeindeverbindungsstraßen - Ansatz: 50.000 €, Antrag: Erhöhung um 20.000 €, Antragsteller: UL-Fraktion

Herr Kleiser erläutert den Ansatz.

Stadtrat Thurner spricht die Sanierung Brennersloch an. Dies solle im neuen Jahr so nicht mehr passieren. Nach der Antwort von Herrn Kleiser ziehe er den Antrag auf Erhöhung zurück.

Seite 122, Haushaltsstelle 1.7684.1100.000 - Gebühren - bisher kein Ansatz, die UL-Fraktion beantragt 2.000 € einzustellen

Herr Kleiser räumt ein, dass es hier keine Erfahrungen gebe.

Stadtrat Jung schließt sich dem an.

Stadtrat Thurner zieht den Antrag zurück, bittet aber darum, dass man dies als Merkposten für das nächste Mal verwendet.

Seite 125, Haushaltsstelle 1.7900.7171.000 - Tourismuskoooperation Ferienland - Ansatz: 50.000 €, Antrag: Reduktion um 10.000 €, Antragsteller: UL-Fraktion

Herr Kleiser verweist auf die Beschlusslage von 50.000 €. Dieser Zuschuss betreffe alle Gemeinden.

Stadtrat Thurner bleibt bei seinem Antrag.

Über den Antrag wird abgestimmt:

Abstimmungsergebnis: 2 Ja, 14 Nein, damit abgelehnt.

Stadtrat Jung äußert sein Unverständnis über den Antrag.

Seite 126, Haushaltsstelle 1.7910.6500.000 - Geschäftsausgaben Stadtmarketing - Ansatz: 17.000 €, Antrag: Erhöhung um 5.000 €, Antragsteller: CDU-Fraktion

Stadtrat Riesle begründet den Antrag mit dem Handlungsspielraum für die neu einzustellende Person.

Stadtrat Jung hält dies für eine Sache für die Strukturkommission.

Stadtrat Andreas Braun verweist auf die Einstellung zum 1. April hin.

Herr Kleiser erklärt, dass er mit den 5.000 € leben könne.

Bürgermeister Herdner stellt den Antrag zur Abstimmung:

Abstimmungsergebnis: 12 Ja, 4 Nein, damit mehrheitlich angenommen.

Seite 234, Haushaltsstelle 1.0000.4000.000 - Personalkosten - Ansatz: 3.242.660 € , Antrag: Reduktion um 200.000 €, Antragsteller: UL-Fraktion

Herr Kleiser erläutert die Möglichkeit, 30.000 € einzusparen.

Hierauf zieht Stadtrat Thurner für die UL-Fraktion den Antrag zurück.

Bürgermeister Herdner lässt über den veränderten Verwaltungsvorschlag abstimmen:

Abstimmungsergebnis: 16 Ja (einstimmig).

Seite 237, Haushaltsstelle 1.0200.5400.000 - Bewirtschaftungskosten - Ansatz: 1.133.400 € , Antrag: Reduktion um 100.000 €, Antragsteller: UL-Fraktion

Herr Kleiser hält eine Reduktion um 50.000 € für möglich.

Stadtrat Thurner verweist auf die Ölpreissenkung der letzten Monate.

Her Kleiser erklärt, dass man nur noch wenig Öl nutze. Man erwarte im Jahr 2015 Preise wie 2014.

Stadtrat Thurner möchte etwas zur Vertragssituation wissen.

Herr Kleiser antwortet ihm, dass ein Zweijahresvertrag mit der EGT bestehe.

Stadtrat Thurner zieht für die UL-Fraktion den Antrag zurück.

Über den Verwaltungsvorschlag, 50.000 € einzusparen, lässt Bürgermeister Herdner abstimmen:

Abstimmungsergebnis: 16 Ja (einstimmig).

b) Beratung des Vermögenshaushalts

Stadtrat Kern nimmt nicht an der Beratung und Beschlussfassung teil.

Seite 153, Haushaltsstelle 2.1310.9540.000 - Isolierung Einsatzzentrale - Ansatz: 30.000 €, Antrag der SPD-Fraktion auf Streichung

Bürgermeister Herdner stellt den Antrag der SPD-Fraktion zur Abstimmung:

Abstimmungsergebnis: 9 Ja, 6 Nein, damit mehrheitlich angenommen.

Seite 153, Haushaltsstelle 2.1310.9351.000 - Homepage Feuerwehr - Ansatz: 5.600 €, Antrag auf Streichung der SPD- sowie der FW-Fraktion

Stadtrat Stefan Braun weist darauf hin, dass es hier nicht nur um die Homepage sondern auch um ein Verwaltungsprogramm gehe.

Hierdurch sei eine Vernetzung mit dem Kreis möglich, so Stadtrat Thurner.

Stadtrat Staudt bittet um einen Sperrvermerk, falls dies sicherheitsrelevant sei.

Stadtrat Jäger fordert eine Überarbeitung der Betitelung der Haushaltsstelle. Er befürwortete auch einen Sperrvermerk.

SPD und FW ziehen ihren Antrag zurück.

Die Verwaltung beantragt einen Sperrvermerk. Bürgermeister Herdner lässt über den Sperrvermerk abstimmen:

Abstimmungsergebnis: 15 Ja (einstimmig).

Seite 161, Haushaltsstelle 2.2300.9650.000 - Sanierung OHG - Ansatz: 0 €, die UL-Fraktion beantragt 479.000 € einzustellen

Stadtrat Kern kehrt in den Gemeinderat zurück.

Herr Kleiser erläutert die Ansätze. Der Architekt werde demnächst über das Dach berichten. Es stünden aus dem Vorjahr noch 865.000 € zur Verfügung.

Stadtrat Thurner begründet den Antrag der UL-Fraktion. Man solle die im Verwaltungshaushalt eingesparten 80.000 € als Merkposten für das OHG einstellen.

Stadtrat Jung zweifelt daran, ob dies sinnvoll sei. Man könne die 865.000 € möglicherweise nicht komplett ausgeben. Man solle zunächst einmal die 865.000 € umsetzen und keine 80.000 € noch dazu nehmen.

Stadtrat Sauter möchte wissen, was in 2015 möglich sei.

Stadtrat Thurner fragt nach möglichen Zuschüssen.

Herr Kleiser erläutert, dass man bei 3,1 Mio. Euro Ausgaben Zuschüsse von 800.000 € erhalte. Diese Maßnahme aus dem Ausgleichsstock müsse man erst durchführen. Sie sei nicht förderschädlich für die anderen Maßnahmen.

Bürgermeister Herdner erläutert, dass man dies in der nächsten Sitzung vorstellen werde. Dann werde man die Maßnahmen ausschreiben. Es sollen auch neue Schulbauförderungsrichtlinien kommen.

Stadtrat Thurner möchte noch wissen, bis wann das verbaut werden müsse.

Herr Kleiser antwortet, dass dies bis 2017 geschehen müsse.

Bürgermeister Herdner lässt über den Antrag der UL-Fraktion den Ansatz um 80.000 € zu erweitern abstimmen:

Abstimmungsergebnis: 2 Ja, 14 Nein, damit mehrheitlich abgelehnt.

Seite 172, Haushaltsstelle 2.5620.9500.000 - Kunstrasen Bregstadion - Antrag der SPD-Fraktion auf Übernahme einer Bürgschaft

In seinen Erläuterungen bittet Herr Kleiser darum, heute keine Entscheidung zu fällen.

Bürgermeister Herdner erklärt, dass man für den Haushalt zunächst einmal die Genehmigung der Rechtsaufsicht einholen müsse. Einen solchen Antrag jetzt zu behandeln sei nicht sinnvoll. In der nächsten Sitzung werde man die Finanzierung vorstellen.

Stadtrat Riesle möchte wissen, ob wegen Leader schon eine Aussage eingetroffen sei.

Nach Bürgermeister Herdner befinde man sich wieder in der Leader-Förderkulisse. Man werde einen Antrag stellen. Es seien mehrere Kommunen drin und die Mittel würden zurückgefahren. In den nächsten fünf Jahren stünden 4 Mio. Euro zur Verfügung.

Stadtrat Staudt bedauert, dass man erst mit der Rechtsaufsicht reden müsse. Man solle dies in der nächsten Sitzung aber beschließen. Der Verein stehe dahinter.

Bürgermeister Herdner betont den Willen des Vereins, etwas zu machen. Es sei Konsens des Gemeinderates, den Kunstrasen zu verlegen. Heute sei eine Entscheidung nicht sinnvoll. Man werde das Thema in der nächsten Sitzung aufgreifen.

Auf Nachfrage von Stadtrat Thurner erklärt Bürgermeister Herdner, dass er die Entscheidungen bezüglich Leader vorab klären werde.

Stadtrat Guhl befürchtet, dass keine Leader-Förderung möglich sei.

Bürgermeister Herdner räumt ein, dass man bei Leader kreativ sein müsse. Er geht zum nächsten Antrag über.

Seite 177, Haushaltsstelle 2.6100.9400.000 - Stadtsanierung - Ansatz: 210.000 €, Antrag der UL-Fraktion auf Reduktion um 100.000 €

Herr Kleiser weist darauf hin, dass bei einer Einsparung von 100.000 € eine Senkung des Zuschusses um 60.000 € zu befürchten sei. Maßnahmen von privater Seite sollten möglich sein.

Bürgermeister Herdner ergänzt ihn, dass dies auch für die städtische Seite gelte. Ein Stadtentwicklungskonzept werde kommen. Bei der Stadtsanierung solle man Fahrt aufnehmen. Die Maßnahmen kämen vorab in den Gemeinderat.

Stadtrat Thurner zieht hieraufhin den Antrag der UL-Fraktion zurück.

Seite 178, Haushaltsstelle 2.6300.9500.000 - Fohrenstraße - Ansatz: 50.000 €, Antrag der UL-Fraktion auf Reduktion um 10.000 €

Herr Kleiser hält hier ein Konzept für notwendig. Es drohe möglicherweise eine Sperrung für schwere LKW.

Herr Dold verweist auf die Untersuchungskosten für die Stützmauer in Höhe von maximal 50.000 €.

Stadtrat Thurner hält in der jetzigen Situation Planungskosten für nicht gerechtfertigt. Man solle die Straße provisorisch machen.

Bürgermeister Herdner weist darauf hin, dass es keine Planung gebe.

Stadtrat Thurner zieht den Antrag zurück.

Stadtrat Riesle weist auf den Haushaltsrest in Bezug auf das Linacher Kreuz hin.

Seite 180, Haushaltsstelle 2.6700.3610.000, 2.6700.9500.000 - Straßenbeleuchtung - Antrag der Freien Wähler auf Erhöhung um insgesamt 50.000 €

Herr Kleiser bezweifelt die Möglichkeit der Einsparung in dieser Höhe.

Stadtrat Jung erklärt, das Einsparpotential gegeben sei. Königsfeld habe hierdurch z. B. erheblich gespart.

Stadtrat Riesle erklärt, dass man mitmachen werde, aber mit Sperrvermerk.

Bürgermeister Herdner beantragt die beiden Ansätze um 10.000 € und 40.000 € einzustellen und jeweils mit einem Sperrvermerk zu versehen. Er lässt über diesen Antrag abstimmen:

Abstimmungsergebnis: 16 Ja (einstimmig).

Seite 183, Haushaltsstelle 2.7500. - Sanierung Friedhofskapelle Schönenbach - Antrag der CDU-Fraktion um Aufnahme in den Haushaltsplan mit Ansatz von 10.000 €

Ortsvorsteher Hall berichtet über die bisher vorgenommenen Maßnahmen und die anstehenden Sanierungen, insbesondere beim Schindelanschlag.

Bürgermeister Herdner lässt über diesen Vorschlag als Aufnahme in den Haushaltsplan abstimmen:

Abstimmungsergebnis: 14 Ja, 2 Nein, damit mehrheitlich angenommen.

Seite 184, Haushaltsstelle 2.7610.9500.000 - Breitbandkabel - Ansatz: 80.000 €, Antrag der UL-Fraktion auf Reduzierung um 40.000 €

Herr Kleiser erläutert die Planung.

Bürgermeister Herdner weist auf die Strukturplanung für Neukirch und Furtwangen insgesamt.

Stadtrat Thurner sieht zwar keine Realisierungschance, zieht aber den Antrag zurück.

Seite 188, Haushaltsstelle 2.7900.9500.000 - Neugestaltung Zugang Donauquelle - Ansatz: 45.000 €, Antrag der Freien Wähler auf Streichung des Ansatzes, Antrag der SPD-Fraktion auf Sperrvermerk

Herr Kleiser erläutert die Planung.

Stadtrat Jung zieht den Antrag der Freien Wähler auf Streichung zurück.

Bürgermeister Herdner lässt über den Antrag der SPD-Fraktion auf Sperrvermerk abstimmen:

Abstimmungsergebnis: 16 Ja (einstimmig).

**Seite 196, Haushaltsstelle 2.8800.3400.000 -Veräußerung Grundstücke allgemein-
Antrag der Freien Wähler auf Einstellung eines Ansatzes in Höhe von 100.000 €
für Geländeverkauf Bereich Großhausberg**

**Antrag der Freien Wähler auf Einstellung eines Ansatzes in Höhe von 10.000 €
für Geländeverkauf Alter Bahnhof**

Seite 196, Haushaltsstelle 2.8800.3400.000 - Verkauf Bauplätze Oberer Bühl -

Antrag der CDU-Fraktion auf Einstellung von 65.000 € für den Verkauf eines weiteren Grundstückes

Herr Kleiser hält den Verkauf von allen drei Grundstücken für zu optimistisch.

Stadtrat Riesle fordert eine entsprechende Vermarktung der Bauplätze.

Stadtrat Jung schließt sich dem an. Er fragt nach den Verhandlungen mit dem Land.

Bürgermeister Herdner erklärt ihm, dass die Bodenrichtwerte vorhanden seien. Der Preis stehe fest. Die Leitungstrasse sei abgesteckt. Die Planungen von Vermögen und Bau liefen. Einen Grundstücksverkauf könne er sich gut vorstellen. Er halte dies für realistisch.

Stadtrat Thurner ist der Meinung, dass die Grundstücke am Oberen Bühl die kaufen sollten, die hier leben und wohnen.

Stadtrat Sauter weist darauf hin, dass der Obere Bühl komplett erschlossen sei. Für eine Bevorratung sei dies zu groß. Zwei Grundstücke solle man einsetzen.

Herr Kleiser hält eine Erhöhung des Ansatzes um 100.000 € für möglich.

Bürgermeister Herdner lässt über den Antrag auf Erhöhung des Ansatzes um 100.000 € abstimmen:

Abstimmungsergebnis: 14 Ja, 2 Nein, damit mehrheitlich angenommen.

Nach den Beratungen der Anträge stellt Herr Kleiser fest, dass der Vermögenshaushalt um 90.000 € und der Verwaltungshaushalt um 80.000 € entlastet werde. Er möchte wissen, ob man weniger aus der Rücklage nehmen solle oder die Kreditfinanzierung senken solle.

Bürgermeister Herdner schlägt vor, die Rücklage zu schonen.

c) Kommunale Finanzplanung

Seite 218, Haushaltsstelle 2.6300. - Gehweg Martin-Schmitt-Straße - Antrag der SPD-Fraktion auf Aufnahme

Stadtrat Staudt begründet die Bitte um Aufnahme.

Bürgermeister Herdner weist darauf hin, dass das Land der Financier sei und den Radweg baue. Man könne 50.000 € in die Finanzplanung aufnehmen.

Stadtrat Ebeling geht auf den Gehweg an der gesamten Martin-Schmitt-Straße ein.

Bürgermeister Herdner erklärt, dass die Planung dies vorsehe. Hier gehe es um eine Verbindung zwischen Carl-Diem-Straße und Großhausberg. Man werde dieses als Merkposten aufnehmen.

Nach Stadtrat Hättich sei dies chancenreich.

Bürgermeister Herdner wirft ein, dass Radwege vom Land gefördert werden. Er hält eine Umpolung des Bregtalwegs dorthin nicht für möglich. Er lässt über den Antrag, 50.000 € in die Finanzplanung aufzunehmen, abstimmen:

Abstimmungsergebnis: 16 Ja (einstimmig).

Stadtrat Riesle spricht das Dorfgemeinschaftshaus in Rohrbach an. Man solle dies ab 2016 bis 2018 mit 50.000 € in die Finanzplanung aufnehmen.

Herr Kleiser ist der Auffassung, dass man dies unterbringen könne.

Bürgermeister Herdner erklärt, dass man 2016 und 2017 jeweils 50.000 € einstellen werde. Er lässt über diesen Antrag abstimmen:

Abstimmungsergebnis: 15 Ja, 1 Enthaltung, damit mehrheitlich angenommen.

Stadtrat Thurner kommt auf den Antrag der UL-Fraktion bezüglich der Leiharbeiter zurück.

Herr Dold beklagt die fehlende Aufgabenkritik. In den letzten Jahren sei es zu einer deutlichen Personalreduzierung gekommen. Die Personalausgaben lägen wie 2004. Er sehe die Notwendigkeit der Leiharbeiter, bis die Stelle vom verstorbenen Mitarbeiter Scherer besetzt sei. Man sei mittlerweile wesentlich weniger. Der Fuhrpark sei optimiert. Er sehe keine Möglichkeit der Reduzierung. Er befürchtet sogar darüber hinaus zusätzliche Arbeiten. Herr Dold fordert eine klare Reduzierung der Aufträge oder mehr Personal.

Stadtrat Jung geht auf die Seite 66 und die Jugendbegleiterbudgets ein. Man solle diese für die Strukturkommission aufführen.

Im Anschluss spricht Herr Kleiser die veränderten Zahlen des Haushaltsplanes für die Haushaltssatzung an. Der Haushaltsplan werde festgesetzt in den Einnahmen und Ausgaben in Höhe von 26.096.110 €, davon im Verwaltungshaushalt 22.464,560 € und im Vermögenshaushalt 3.631.550 €. Die anderen Ansätze seien unverändert.

Bürgermeister Herdner lässt nun über die Haushaltssatzung abstimmen:

Beschluss:

Haushaltssatzung der Stadt Furtwangen im Schwarzwald für das Haushaltsjahr 2015

Aufgrund von § 79 der Gemeindeordnung für Baden-Württemberg in der Fassung vom 1. Juli 2004 (GBl. S. 469,489), hat der Gemeinderat der Stadt Furtwangen am 20.01.2015 folgende Haushaltssatzung für das Haushaltsjahr 2015 beschlossen:

§ 1 Haushaltsplan

Der Haushaltsplan (ohne die Eigenbetriebe Technische Dienste, Abwasserbeseitigung und Wasserwerk) wird festgesetzt mit

- | | | |
|--|--------|-----------------|
| 1. den Einnahmen und Ausgaben in Höhe | von je | 26.076.110 |
| EUR, | | |
| davon im Verwaltungshaushalt | | 22.464.560 EUR, |
| davon im Vermögenshaushalt | | 3.611.550 EUR, |
| 2. dem Gesamtbetrag der vorgesehenen Kreditaufnahme für Investitionen und Investitionsfördermaßnahmen (Kreditermächtigung) in Höhe von | | 631.550 EUR; |
| 3. dem Gesamtbetrag der Verpflichtungsermächtigungen in Höhe von | | 0 EUR. |

§ 2 Kassenkreditermächtigung

Der Höchstbetrag der Kassenkredite wird für den allgemeinen Haushalt auf 3.000.000 EUR festgesetzt.

§ 3

Der Stellenplan ist Bestandteil der Haushaltssatzung.

Nachrichtlich:

Die Hebesätze für die Grund – und Gewerbesteuer wurden in der Hebesatzsatzung vom 22.06.2010 mit Wirkung zum 01.01.2010 festgesetzt.

Sie betragen für die

Grundsteuer A	365 v. H.
Grundsteuer B	430 v. H.
Gewerbesteuer	340 v. H.

der Steuermessbeträge.

Abstimmungsergebnis: 16 Ja (einstimmig).

Bürgermeister Herdner lobt die sehr gute Beratung und die Anträge. Dieser Tagesordnungspunkt schließt um 21:22 Uhr.

TOP 4 Bauvorhaben: Erweiterung des Produktionsgebäudes der Fa. B. Ketterer Söhne GmbH & Co.KG, Bahnhofstraße 28 Vorlage: GR 048/2015

Stadtrat Jäger verlässt als Befangen den Sitzungssaal.

Bürgermeister Herdner hält den Sachvortrag.

Stadtrat Ebeling stellt die Frage, ob der Bauhof dazu in der Lage sei, die Fahrzeuge zu bewegen.

Stadtrat Jung stellt fest, dass das Personal und der Zulieferverkehr über das Gelände des Bauhofs gingen. Er möchte wissen, wie beengt dies werde. Er sehe Sicherheitsprobleme tangiert. Andererseits stelle er den Antrag nicht in Frage.

Bürgermeister Herdner räumt ein, dass für den Bauhof wohl Änderungen eintreten werden. Teile des Bauhofes seien noch 2015 vermietet. Diese Mietzeit ende im Laufe des Jahres. Man werde die Fahrbahn abtrennen.

Stadtrat Jung wirft ein, dass sich nun der Druck erhöhe, ein Alternative für den Bauhof zu finden.

Herr Dold sieht keine andere Möglichkeit der Andienung.

Stadtrat Riesle stellt eine Bebauung bis an die Grenze fest. Der Startschuss, etwas zu tun, sei nun gefallen.

Auf Anfrage von Stadtrat Thurner erklärt Herr Dold, dass es keine gemeinsame Betriebsfläche gebe. Die Umfahrung werde reguliert.

Nachdem keine weiteren Wortmeldungen mehr vorliegen, stellt Bürgermeister Herdner die Vorlage zur Abstimmung:

Beschluss:

Das Einvernehmen zur Erweiterung des Produktionsgebäudes der Firma Ketterer Söhne GmbH & Co. KG in der Bahnhofstraße 20, wird erteilt.

Abstimmungsergebnis: 15 Ja (einstimmig).

TOP 5 Auftragsvergaben

Es liegen keine Auftragsvergaben vor.

TOP 6 Bekanntgaben, Anträge und Anfragen

Herr Jäger kehrt in den Gemeinderat zurück.

Es liegen keine Bekanntgaben vor.

Es gibt keine Anträge und Anfragen. Daraufhin schließt Bürgermeister Herdner die öffentliche Gemeinderatsitzung um 21:35 Uhr.

Die Richtigkeit der Niederschrift Nr. 7 wird beurkundet.

.....
Josef Herdner
Bürgermeister

.....
Andreas Braun
Stadtrat

.....
Dr. Ludger Beckmann
Schriftführer

.....
Ulrich Hättich
Stadtrat